

STEIRISCHE Volksstimme

Ausgabe 5, Juni 2012 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

ZEITUNG DER STEIRISCHEN KPO

Protest
gegen
TEUERUNG

Teuerung setzt Steirer unter Druck! **Gebührenstopp!**

Seite 5



GLEISDORF



Franz-Josef-Straße 2, Gleisdorf
Öffnungszeiten Mo-Fr 9-14 h und Sa 9-13h

„Versorgen statt entsorgen“

Überflüssige Lebensmittel werden nicht weggeworfen, sondern werden - solange ihre Qualität gewährleistet ist - im LEBI-Laden Gleisdorf billiger zum Verkauf angeboten.

Keine Einkommensprüfung!



ZITIERT

„Die Teuerungsrate ist in Wirklichkeit derzeit schon gut doppelt so hoch wie der offiziell ausgewiesene harmonisierte Konsumentenpreisindex.“

Die Presse, 11.5.2012

„Vom organisierten Geld regiert zu werden ist so schlimm wie vom organisierten Verbrechen“
Franklin D. Roosevelt



„(Ich wähle weiterhin ÖVP), weil deren Ideologie wichtiger ist als ein verbaler Ausrutscher.“

Alfons Mensdorff-Pouilly in der Kronenzeitung.

„Wenn man einen Sumpf trocken legen will, darf man damit nicht die Frösche beauftragen.“

Mark Twain

Der Fiskalpakt ist ein weiterer Schritt in Richtung Entdemokratisierung.

Der AK-Experte Lukas Oberndorfer.

In zwei Schritten wird der Preis für Fernwärme der Energie Graz empfindlich erhöht. Nach dem Aufschlag im Juni 2011 von 4,6% folgt im Juni 2012 eine weitere Erhöhung um 4,4%, in Summe eine Preissteigerung von 9,2%.

Fernwärme + 9,2%

KLEIN, ABER MIT BISS

Der Kanzler sagt: „Ich bin ein glühender Europäer“. Es kann sein, dass er schon vor dem Euro verglühen wird.

Muss alles teurer Unterschriftenaktion für

Während Politiker das Geld zum Fenster hinaus werfen, werden die Bürger ausgesackelt. „Das tägliche Leben muss leistbar sein“, fordert die KPÖ.

Nicht nur der tägliche Einkauf wird ständig teurer, auch die Gebühren und Tarife für öffentliche Dienstleitungen steigen ständig. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück.

Der Euro ist ein Teuro

Seit der Einführung des Euro verteuerte sich der tägliche Einkauf massiv. So stiegen etwa die Preise von Brot um 32 Prozent oder von Milchprodukten um 29 Prozent.

Die Einkommen reichen daher immer seltener zum Auskommen.

Gebühren steigen ständig

Anstatt dieser Entwicklung entgegen zu wirken, heizen Land und Gemeinden die Teuerung sogar noch an (siehe die gelben Kreise auf dieser Seite). Bei Energie: Gas, Strom und Fernwärme und bei kommunalen Abgaben: Kanal, Müll, Wasser ist der Preisanstieg oft höher

Strompreise + 8,2%

Für Niedrigverbraucher (bis 1.999 kWh/Jahr)

wurde der Strompreis mit 1. März 2012 um 8,17 Prozent erhöht, bei einem Verbrauch von mehr als 3.000 kWh im Jahr beträgt der Aufschlag immer noch rund 3,5%.

Strom für Privatkunden ist damit teurer als je zuvor, dies trotz stabiler Großhandelspreise an den Strombörsen, die im gesamten Jahr 2011 weit unter jenen des Jahres 2008 lagen.

Das kassieren für die die „Sparpolitik“ verantwortlichen Politiker monatlich

Landeshauptmann Voves (SPÖ)	€ 15.504
LH-Stellvertreter Schützenhöfer (ÖVP)	€ 14.688
Landesrat (SPÖ, FPÖ, ÖVP)	€ 13.872
Landtagspräsident (SPÖ)	€ 11.016

(Monatliche Bruttobezüge, 14mal im Jahr)

als die offizielle Inflationsrate. Das treibt die ohnehin ständig steigenden Wohnkosten weiter in die Höhe.

Die Privatisierung und Ausgliederung führt dazu, dass sich die gewählten Gemeindefordernisse ihrer politischen Verantwortung entziehen. So wird vielerorts eine „Teuerungsautomatik“ für Kanalgebühren, Müllabfuhr und Wasser durchgesetzt.

Das Geld ist da!

Alle müssten den Gürtel enger schnallen, behauptet die Landesregierung. Von „moderaten Erhöhungen“ spricht sie. Dabei wird verschwiegen, dass

man das Geld mit beiden Händen aus dem Fenster wirft. Millionen und Abermillionen werden für zweifelhafte Förderungen oder das Berater-Unwesen verausgabt.

Kanal, Wasser und Müllabfuhr + 3,0%

Im Dezember 2011 hat die schwarz-grüne Rathauskoalition die Gebühren für Kanal, Wasser und Müllabfuhr um 3% erhöht und eine Teuerungsautomatik eingeführt. Diese Tarife werden in Zukunft automatisch (!) angehoben.



Mieten + 5,2%

Die Richtwertmieten steigen mit erstem April 2012 um 5,18 %, die Kategoriemieten wurden bereits im Herbst 2011 um 5,5% erhöht.

Am 1. Juli 2012 werden die Fahrpreise im Verkehrsverbund um durchschnittlich 5 Prozent angehoben.

Fahrscheine + 5,0%

Erdgas + 13,2%

Bereits im Juni 2011 wurde der Energiepreis für Erdgas um 13,2 % erhöht, dies ergibt eine Erhöhung des Gesamtpreises von etwa 7,6 %.

werden? Gebührenstopp!

Protest
gegen
TEUERUNG



Stopp der Teuerung!

Die KPÖ wendet sich gegen die automatische Gebührenerhöhungen, weil Löhne und Sozialleistungen NICHT wertgesichert sind oder sogar gekürzt werden.

Unterschreiben Sie für Gebührenstopp!

Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, hat die KPÖ eine Unterschriftenaktion gestartet. Nutzen Sie bitte das Formular auf Seite 5.



Das **tägliche**
Leben muss
leistbar bleiben!

Es reicht.
Teuerung stoppen!

MEINUNG

Claudia Klimt-Weithaler,
KPÖ-Landtagsabgeordnete



Zahlen - JA, Mitreden nicht?

Seit der letzten Landtagswahl hat sich in der steirischen Politik einiges geändert – leider zum Nachteil der Steirerinnen und Steirer. Die werden von Landeshauptmann Voves und seinem Stellvertreter Schützenhöfer geschröpft, wo es nur geht. Wie ernst kann man zwei Personen nehmen, die zusammen über 30.000 Euro im Monat verdienen und dem Rest der Bevölkerung erklären, sie hätten „zu viel Butter am Brot“?

Unter dem Deckmantel des „notwendigen Sparens“ erklären sie uns, dass „eine Hausfrau auch nicht mehr ausgeben kann, als sie zur Verfügung hat“. Das gilt aber nur für die Bevölkerung, für Krankenhäuser, für Schulen – aber nicht für die Banken: Die haben in der jüngsten Vergangenheit Milliarden kassiert, damit ihre Eigentümer für Spekulationsverluste entschädigt werden: 1,55 Milliarden Euro bekam die Hypo Alpe Adria, 4,65 Milliarden die Kommunkredit. Für die Volksbanken AG gab es zuerst 700 Millionen Euro, im

April dieses Jahres noch einmal 1,27 Milliarden Euro. Für die Banken ist immer Geld da. Kein Wunder, dass die Schulden des Landes weiter ansteigen, während der Bevölkerung so viel zugemutet wird, dass immer mehr Menschen in die Armut getrieben werden. Weitreichende Entscheidungen für das Land wie Spitals- und Schulschließungen, Gemeinde- und Bezirkszusammenlegungen, werden im stillen Kämmerlein getroffen. Später wird die Bevölkerung über die Medien informiert. Was die Menschen über diese Entscheidungen denken, ist Voves und Co. völlig egal. Der Landesregierung kommt nicht mehr in den Sinn, dass man auch mit den Betroffenen vor Ort reden könnte. Die Menschen müssen für alles bezahlen, mitreden dürfen sie aber nicht. So funktioniert die „Reformpartnerschaft“. Demokratie und soziale Gerechtigkeit schauen anders aus.

Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at



KPÖ – damit wir uns
das Leben wieder
leisten können



die
Kürzung der
Wohnbeihilfe!
Teuerung stoppen!



Aus dem
Steiermärkischen
Landtag

BERICHTE AUS DEM LANDTAG STEIERMARK

KPÖ für kostenlosen Versicherungsschutz für ehrenamtlich Tätige

„Kinderlärm ist Zukunftsmusik“

Der Antrag der KPÖ, Kinder künftig nicht mehr als Lärmbelastung einstufen zu können, wurde von allen Landtagsparteien unterstützt. Bisher war es Praxis, spielende Kinder mit Lärmquellen wie Rasenmähern gleichzusetzen und damit die Errichtung von Lärmschutzwänden oder gar Klagen zu rechtfertigen. Die Initiative der KPÖ zielt darauf ab, die Gesetze über Lärmimmissionen so zu ändern, dass Kinder altersgerechte Entwicklungsmöglichkeiten vorfinden und nicht als Lärmerreger abgestempelt werden.

Die KPÖ forderte im Landtag, dass ehrenamtlich tätige Menschen über das Land Steiermark kostenlos unfall- und haftpflicht versichert werden. Die Stadtgemeinde Graz hat das für in Graz tätige Ehrenamtliche umgesetzt. Auch in anderen Bundesländern bestehen derartige Regelungen.

Die Kosten eines solchen Versicherungsschutzes für Ehrenamtliche würden sich auf ca. 90.000 Euro im Jahr belaufen. Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): *„Die Regierung lässt keine Gelegenheit aus, die Arbeit der Ehrenamtlichen zu loben. Wenn es aber darum geht, die Ehrenamtlichen zu schützen, stellt man sich taub. Dabei geht es um eine winzige Summe, wenn man sie den Leistungen gegenüberstellt, welche diese Menschen unentgeltlich erbringen. Wer sich im Rahmen einer ehrenamtlichen Tätigkeit mit Dauerfolgen verletzt, hat keinerlei Absicherung durch die Allgemeinheit. Die Vereine selbst können es sich nicht leisten, eine Versicherung für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer abzuschließen – schon deshalb weil sie so starke Budgetkürzungen hinnehmen mussten.“* SPÖ und ÖVP lehnten den Antrag ab.



KPÖ-Abgeordnete Klimt-Weithaler: Ehrenamtliche sind „Reformpartnern“ keine 90.000 Euro wert

Abverkauf von 1300 Landeswohnungen

Das Land plant den Verkauf der noch im Landesbesitz befindlichen Wohnungen – ähnlich wie vor wenigen Jahren die Bundeswohnungen verkauft wurden. Das hat die KPÖ unlängst aufgedeckt.

Die Landesregierung hat eine Studie in Auftrag gegeben, ob es zu den Aufgaben des Landes gehört, für seine Bediensteten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Das Wunsch-Ergebnis

dieser Studie ist leicht zu erraten: Die Regierung will keine Verantwortung tragen.

Werner Murgg (KPÖ): *„Wir lehnen einen Abverkauf der Landeswohnungen ab. Damit würde relativ günstiger Wohnraum verloren gehen, Wohnraum bei dem die öffentliche Hand Einfluss auf die Miethöhe nehmen könnte.“*

Insgesamt geht es um mehr als 100.000 Quadratmeter Wohnfläche und über 1.300 Wohnungen.

INHALT

Beratungsverträge	6
Kaputtsparen im Land	6
Überhöhte Politikereinkommen zurückgeben	8
Spaziergang mit Franz-Hermann, dem Sparschwein	9
Aus dem Land	11 - 14
Tierheim Murtal eröffnet	15
Wann kommen Maßnahmen gegen Glücksspiel?	16/17
Schulschließungen	18
Wut-Jet-Set protestiert	19
Impressum	22

Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden. Mit Rat und Tat!

KPÖ wirkt!

Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten. Graz, Landhaus



KPÖ-KONTROLLSPRECHER MURGG: 25 MILLIONEN Beratungsverträge: Kommt Offen

Der Landesrechnungshof hat 500 Aufträge an Beratungs- bzw. Consultingfirmen geprüft und ist dabei auf eine gigantische Geldverschwendung, undurchsichtige Vergabepraktiken und „übersehene Aufträge“ gestoßen. Das Gesamtvolumen der Aufträge beträgt fast 25 Millionen Euro! Das ist immerhin ein Drittel dessen, was das Land an Landesabgaben insgesamt einnimmt.

In Bund, Land und auch in einigen steirischen Kommunen hat sich im vergangenen Jahrzehnt ein Dschungel an Berater- und Consultingfirmen entwickelt, der immer mehr Geld verschlingt.

Anstatt selbst ihre Verantwortung wahrzunehmen und Entscheidungen zu treffen füttert man parteinahe Firmen mit hochdotierten Beraterverträgen, die dann die bestellten Expertisen liefern.

Dabei sind die kompetenten Abteilungen des Landes vorhanden. Der Landesrechnungshof empfiehlt dementsprechend auch dringend: „Der Aufbau

von internem Know-how sollte vorrangig sein und nur in Ausnahmefällen externe Experten beigezogen werden.“ Jedenfalls sollten auch vor der Vergabe an Externe die Kosten sorgfältig mit dem erzielbaren Nutzen verglichen werden.

Ungeheure Geldverschwendung

Ein Antrag der KPÖ, diese ungeheuerliche Geldverschwendung dadurch zu stoppen, dass das Land künftig nur mehr in begründeten Fällen Beraterverträge vergeben kann, ist an der SPÖ-ÖVP-Mehrheit gescheitert.



Kaputtgespart: Externe Berater liefern Voves den Vorwand, warum die Steiermark kaputtgespart und öffentliches Eigentum privatisiert werden muss – und verdienen glänzend daran.

Geheimhaltung

Trotz der eindeutigen Empfehlungen des Landesrechnungshofes mauern SPÖ und

ÖVP weiter. Sie versuchten um jeden Preis die Offenlegung der von ihnen beauftragten Lobbyisten zu verhindern. In der Sitzung des Kontrollausschusses des stei-

BUNDESLÄNDER: ABKEHR VOM SOZIALSTAAT

„Stabilitätspakt“ führt Österreich

Am 2. Mai beschlossen die Vertreter der Bundesländer in Stainz weitere Sparprogramme. Sie schaden damit dem Bundesstaat und sich selbst. Die Veranstaltung, bei der dieser „Stabilitätspakt“ der Öffentlichkeit vorgestellt wurde ließ sich das Land 8.000 Euro kosten.

Mit großem Getöse wurde am 2. Mai in Stainz der sogenannte Stabilitätspakt der Bundesländer verabschiedet. Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-Landtagsabgeordnete, bezeichnete diesen Beschluss als endgültige Kapitulation der Politik vor den Kapitalmärkten. Da auf Einnahmen durch Besteuerung von Vermögen und Finanztransaktionen verzichtet wird, liegt die künftige Gestaltung des Bildungswesens, des Ge-

sundheits- und Sozialbereichs nicht mehr in den Händen der demokratisch gewählten Mandatäre in Bund, Ländern und Gemeinden, sondern bei Banken und Ratingagenturen.

Mogelpackung

Dabei ist das gesamte Paket eine riesige Mogelpackung, so die KPÖ-Sprecherin: Gemeinden und Ländern wurde durch die Privatisierungspolitik der letzten Jahre systematisch

die Möglichkeit genommen, selbst Einnahmen zu generieren. Die Aufgaben, die sie erfüllen müssen, werden immer teurer, sei es durch Vorgaben der EU oder gesellschaftliche Entwicklungen. Die einzige Möglichkeit, ohne eine soziale Veränderung des Steuersystems ausgeglichen zu bilanzieren, werde im Kürzen von Leistungen gesehen. Dabei wären Investitionen gerade jetzt nötig, um einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern und Wachstum zu ermöglichen, z.B. im Bereich der Bildung und der Sozialwirtschaft.

Klimt-Weithaler: „Mit dem sogenannten Stabilitätspakt ver-



EURO FÜR „BERATER“! Legung?

rischen Landtages am 15. Mai wurde auf Antrag des Vorsitzenden, KPÖ-LAbg. Werner Murgg, einstimmig die Aufhebung des von SPÖ und ÖVP erlassenen Maulkorbes beschlossen. Dieser sollte verhindern, dass die Begünstigten von Beratungsaufträgen in der Höhe von insgesamt fast 25 Mio. Euro an die Öffentlichkeit kommen.

Aufgrund des Drucks der Öffentlichkeit mussten ÖVP und SPÖ einen Rückzieher machen und legen in der Sitzung am 12. Juni 2012 die Liste aller Beratungsverträge vor. Dieser Schritt war aus Sicht der KPÖ lange fällig. „Die Geheimhaltungstaktik von SPÖ und ÖVP hat die Offenlegung monatelang verzögert, sie wird aber letztlich nicht zu verhindern sein. Das Grundproblem bleibt



KPÖ-Kontrollausschussvorsitzender LAbg. Werner Murgg kritisiert die Vergabe von 25 Millionen Euro an „Berater“. Das ist ein Drittel der Direkteinnahmen des Landes.

dennoch bestehen: Es gibt nach wie vor keine Regelung für die Vergabe von Beratungsaufträgen, auch keine finanzielle Limitierung und die Auftraggeber in der Regierung müssen nicht begründen, warum die Leistungen nicht von der Landesverwaltung erbracht werden können.“

in die Armut

zichtet die Politik auf ihre demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten und lässt sich dafür feiern, Demokratie und Mitbestimmung an die Kapitalmärkte verkauft zu haben. Das wird die Spaltung der Gesellschaft vertiefen und auch zu einer ökonomischen Destabilisierung führen. Schon jetzt herrscht in vielen EU-Staaten eine Atmosphäre von Frustration und Hoffnungslosigkeit.“

Dass der steirische Landeshauptmann Voves diesen Kniefall als „guten Tag“ bezeichnet, mache deutlich, in wessen Interesse die Führung der sozialdemokratischen Partei agiert, so die KPÖ-Mandatarin:

„In der Steiermark hat die Bevölkerung die Realität dieser von der Europäischen Zentralbank ferngesteuerten Politik schon kennengelernt. Ob Familien-, Gesundheits-, Bildungs-, Frauen-, Umwelt- oder Sozialpolitik, die Landesregierung hat jegliche Initiative, das Zusammenleben der Menschen zu verbessern und aktiv zu gestalten, aufgegeben. Man darf nicht vergessen, dass LH Voves die Entscheidungen über die Zukunft der Steiermark nach eigenen Aussagen lieber nach Brüssel verlagern möchte. Dort würde dann die lästige demokratische Legitimation wegfallen.“

Widerstand gegen ACTA!



Die steirische KPÖ unterstützt die Proteste gegen das ACTA-Abkommen. „Der Widerstand gegen den Anschlag auf die Meinungsfreiheit und die Privatsphäre der Bevölkerung hat die Herrschenden überrascht. Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben, deshalb ist es wichtig, jetzt nicht lockerzulassen. Konzerne können heute Pflanzen, Tiere und Saatgut, aber auch Ideen und Informationen schützen und patentieren lassen. Nur in einem völlig perversen System kann das, was allen Menschen gehört, und dazu zählen auch Wissen und Informationen, von einzelnen monopolisiert und privatisiert werden“, betont die steirische KPÖ-Vorsitzende Claudia Klimt-Weithaler.

KPÖ für Tarifstopp bei Strom

Trotz sinkender Großhandelspreise gibt es die sechste Strompreiserhöhung unter Landeshauptmann Voves

Bereits zum sechsten Mal wird unter Landeshauptmann Voves der Strompreis für Kunden der EStAG erhöht. Um 4,3 Prozent kostet Strom seit März 2012 mehr. Dabei hat Voves bei Amtsantritt soziale Strompreise versprochen. Jetzt belastet er die Bevölkerung mit ständigen Preiserhöhungen, obwohl die Großhandelspreise für Strom stark gesunken sind.

Die Teuerung geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem die meisten anderen Stromlieferanten ihre Preise senken. Die E-Control nennt die Tarifierhöhung „nicht nachvollziehbar“ und verweist auf die Preisentwicklung an der Strombörse, wo die Preise auf sehr niedrigem Niveau sind und weiter sinken.

KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg: „Alle Preise und

Gebühren werden ‚angepasst‘, nur die Gehälter nicht. Die öffentlichen Energieversorger werden missbraucht, um eine versteckte Massensteuer einzuheben. Das Land belastet die Bevölkerung, um Budgetkosmetik beim selbst gemachten Haushaltschaos zu betreiben.“





MEINUNG



Von Kurt
Luttenberger,
Arbeiterkammer-
rat des GLB

Industrielle wollen bei der Daseinsvorsorge weiter kürzen

Um vier Jahre will Veit Sorger, Präsident der Industriellenvereinigung, das Pensionsantrittsalter erhöhen. Das ist Raub aus unserem Geldbörserl.

Wieder will ein Präsident der Industriellenvereinigung bei unserer Daseinsvorsorge kürzen, er will Belastungen von acht Milliarden Euro für die Mehrheit der Menschen in unserem Land. Es muss endlich Schluss sein mit der Auspressung der Menschen!

Erst kam das **Loipersdorfer Belastungspaket** 2010, bei dem bei der Familienbeihilfe, den Pendlern, Pensionisten, Pflegebedürftigen gekürzt wurde. Dann kam der **Konsolidierungspakt 2012** von 26,5 Mrd. Euro vom April diesen Jahres. Nun stehen weitere 12 Milliarden Euro im Raum, die gestrichen werden sollen. Aus den Vorstands- und Aufsichtsrats tagen heraus lässt sich leicht fordern. Wir wollen dagegen eine Reichensteuer, denn Geld ist genug da. Nur nicht bei uns. Es ist in den falschen Händen. Und wir werden ihnen nicht weitere 12 Mrd. Euro in ihre Taschen werfen.



Belastungen: EU-Vorgaben erfüllt – trotzdem weitere Einschnitte

Klimt-Weithaler (KPÖ): Bevölkerung muss mit sinkendem Lebensstandard Milliarden geschenke an Banken finanzieren

Große Vermögen und Gewinne werden weitgehend verschont, während die Mehrheit durch drastische Eingriffe in den Lebensstandard belastet wird. Die Ursachen der Krise werden nicht bekämpft, stattdessen werden Vorgaben der EU bedenkenlos erfüllt. Das sagte KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler zum Belastungspaket der Bundesregierung, das sich auch auf das steirische Landesbudget auswirken wird.

„Bei der Daseinsvorsorge und der öffentlichen Infrastruktur

werden gewaltige Einschnitte erfolgen und weitere Privatisierungen vorbereitet. Viele müssen mit Nulllohnstunden, De-facto-Pensionskürzungen und längerer Arbeitszeit rechnen. Dagegen ist entschiedener Widerstand notwendig. Man darf nicht vergessen, dass mit diesen angeblichen Spasßmaßnahmen nicht die Zukunft der öffentlichen Haushalte abgesichert wird, sondern die Gewinne der Banken und Spekulanten“, so die steirische KPÖ-Sprecherin.

Weitere Einschnitte sollen folgen. Wie Landeshauptmann

Voves angekündigt hat, werden die Bundesländer weitere tiefgreifende Einschnitte vornehmen. In der Steiermark wurden als erster Schritt bereits 2011 drastische Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen, bei Menschen mit Behinderung und im Sozialbereich vorgenommen.

Claudia Klimt-Weithaler: „Die Regierungen halten wider besseres Wissen eisern an der Euro-Fehlkonstruktion fest. Bezahlt wird diese Umverteilung von den Menschen, die systematisch ausgepresst werden.“

KPÖ: Überhöhte Einkommen zurückgeben!



Die KPÖ lehnt die überzogenen Polit-Einkommen ab, deshalb stellen Klimt-Weithaler und ihre Kolleginnen und Kollegen den Großteil ihrer Bezüge Steirerinnen und Steirern in Notlagen zur Verfügung. „Der kaputte Boiler ist oft ein Problem“, gab Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr (Mitte) am „Tag der offenen Konten“ Auskunft über die Verwendung der Gelder des KPÖ-Sozialfonds. 2011 sind die Akut-Unterstützungen etwa bei Lebensbedarf, bei dringenden Reparaturen im Haushalt oder Strom- und Heizungskosten angestiegen. Im Bild mit den KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg.

Spaziergang mit „Franz-Hermann, dem Sparschwein“

„ES WIRD ZEIT, DASS DIE 99 % DAS HEFT IN DIE HAND NEHMEN“

Die Plattform 25, ein Zusammenschluss zahlreicher Organisationen, die sich gegen die unsoziale Kürzungspolitik der steirischen Landesregierung zur Wehr setzen, veranstaltete am 18. Mai einen Spaziergang durch die Grazer Innenstadt. Mit dabei: Franz-Hermann, das Sparschwein, das als Sinnbild für die untrennbaren Sparzwillinge an der Landesspitze steht.

Der Spaziergang begann vor der Grazer Burg, Sitz der Landesregierung. Yvonne Seidler und Gerhard Zückert, die Sprecher der Plattform 25, führten eine Gruppe interessierter TeilnehmerInnen zu Brennpunkten der Kürzungspolitik und schilderten dabei, wie sich der Budgetkahltschlag auf die jeweils Betroffenen auswirkt und welcher Schaden dadurch bereits angerichtet wurde.

Vom Karmeliterplatz führte die Route über die Sporgasse zum Landhaus, zum Sozialamt in der Schmiedgasse und abschließend zur Filiale einer heimischen Bank. Diese hat erst vor kurzem 700 Mio. Euro „Hilfe“ vom Staat erhalten, während die Landesregierung bereits ihr nächstes Doppelbudget mit weiteren Kürzungen um nochmals jeweils nochmals 100 Millionen Euro pro Jahr plant.

Am Karmeliterplatz sprach Yvonne Seidler unter anderem über die ersatzlose Streichung der Lern- und Sozialbetreuung für Jugendliche: „Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Kinder und Jugendliche zu fördern heißt, in die Zukunft des



plus
25%

Landes zu investieren. Obwohl zahlreiche Untersuchungen bestätigen, dass jeder Euro, den wir in Kinder investieren, mehrfach in die Gesellschaft zurückfließt, wurde die Lern- und Sozialbetreuung für Kinder und Jugendliche ersatzlos gestrichen – 1500 Jugendliche

werden sich selbst überlassen.“ Gerhard Zückert in seiner abschließenden Rede vor einer Bankfiliale: „Das Urteil der Ratingagenturen entscheidet, ob ein Staat Bankrott geht oder nicht – und ihre Eigentümer, die Hedgefonds verdienen daran – so oder so. Ein Wirtschaftssystem,

das diese Praktiken zulässt, das zulässt, dass sich ein Prozent der Bevölkerung auf Kosten der restlichen 99 % in kaum vorstellbarem Ausmaß bereichert, ist unmenschlich und pervers. Es wird Zeit, dass die 99 % das Heft in die Hand nehmen.“

CLAUDIA KLIMT-WEITHALER,
KPÖ-LANDTAGSABGEORDNETE:

„Kein Wunder, dass Industriellen-Präsident Sorger das ‚Große Goldene Ehrenzeichen des Landes Steiermark mit dem Stern‘ von Landeshauptmann Voves verliehen bekommen hat.

Hier haben sich zwei skrupellose und unbelehrbare Vertreter eines auf der ganzen Welt gescheiterten Neoliberalismus getroffen. Der eine gibt die Linie vor, der andere setzt alles pflichtbewusst um. Die Bevölkerung kommt diese Komplizenschaft teuer zu stehen.“



EINSPARUNGEN IM LAND, ABER FÖRDERUNG FÜR KONZERNE

32 Millionen Euro für Magna

Frank Stronach, der im Bezirk Weiz geborene „Onkel aus Amerika“, beglückte die Österreicher vor kurzem mit einer verschiedenen Druckmedien beigelegten Hochglanzbroschüre. Darin verlangt er eine „Revolution für Österreich“. Liest man sein Revolutionsprogramm genauer, ist es ein Aufguss alter neoliberaler Forderungen: Flat-Tax, Schuldenbremse und weniger Verwaltung sind einige Schlagworte.

Stronach macht sich „große Sorgen“ um Österreich, wie er immer wieder behauptet. Viele Österreicher gehen ihm auf den Leim und glauben sein Märchen vom uneigennützigem „Tag-und-Nacht-für-das-Gemeinwohl-schaffenden“ Unternehmer. Ließe man ihn endlich auch an die Schalthebel der österreichischen Regierung, würde sich alles zum Besseren wenden, so die naive Vorstellung.

Die Wahrheit schaut allerdings anders aus. Die Schweizer Zeitung „Tagesanzeiger“ hat die Selbstdarstellung des angeblichen „Self-Made-Mans“ ordentlich zurechtgerückt. Stronach versteht sich als österreichischer Patriot der sich Tag und Nacht

um sein Land sorgt. Sein eigenes Vermögen bringt er lieber in das Schweizer Steuerparadies Zug, wie der „Tagesanzeiger“ aufdeckte. Dort ist Stronach in der Industriestraße 13b gemeldet, im Hinterhof eines Einkaufszentrums. Es gibt keinen Hinweis, dass er tatsächlich je dort gelebt hat. Wir zitieren den „Tagesanzeiger“: „Steuerexperten meinen, dass Stronach eindeutig in Österreich steuerpflichtig wäre. Bis jetzt musste der Milliardär jedoch keine Ermittlungen fürchten.“ Sein Vermögen wird 2011 mit 1,75 Milliarden Franken angegeben. Stronach soll jährlich zwischen 20 und 35 Millionen Dollar als Beraterhonorar von Magna kassiert haben.

Österreich als Herz-Lungen-Maschine für Magna

Gerne tischt Stronach den staunenden Zuhörern die Geschichte von seinem aus eigener Kraft gewachsenen Firmenimperium auf. Schaut man sich die Sache auch hier genauer an, kommt Unglaubliches ans Tageslicht. Der österreichische Steuerzahler ist nicht mehr und nicht weniger als die Herz-Lungen-Maschine des Magna-Konzerns. Allein in den letzten fünf Jahren bekam Magna für seine steirischen

Standorte 11.503.180 Euro an Fördermitteln des Landes. Abgesegnet meist einzig gegen die Stimme der KPÖ im Wirtschaftsförderungsbeirat des Landes.

Dazu kommen Förderungen in Höhe von 20.657.120 Euro aus österreichischen und EU-Töpfen. Wohlgermerkt: Dabei handelt es sich um österreichische Budgets und es geht es lediglich um die steirischen Magna-Standorte. Wir sollten diesem angeblichen „Self-Made-Man“ nicht auf den Leim gehen.

TATORT **BERATUNG**
Arbeitsplatz in Fragen von
ARBEIT und BERUF
Tel. 0660 / 1426 080
E-Mail: glb@glb-steiermark.at
<http://www.glb-steiermark.at/>

GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK
STEIERMARK IM OGE 



Steirisches Heilwasser als Parkplatz für Getränkegeld

Die Heilquelle Sauerbrunn Thalheim in der Gemeinde Pöls, von Ritter von Teuffenbach einer Armenstiftung vermacht, wurde von gewissenlosen Politikern an das Projekt Spielberg verschachert, das zum Stiftungsimperium von Red Bull gehört. Heute sind Schloss und Quelle ungenutzt und dienen weder den Armen noch den Kranken, sondern als brachliegende Immobilie im Red Bull Imperium.

Kommentar



Jakob Matscheko

Das Lied vom „Sparen“

Wir müssen sparen, so wird es den Menschen eingehämmert. Dabei wird bewusst das Wort „Sparen“ verwendet, weil das ein positiv besetzter Begriff ist. In Wirklichkeit geht es darum, dass die Bevölkerung die Milliarden für die Banken- und Eurorettungspakete bezahlen muss. Die Opfer der kapitalistischen Krise müssen auch noch selbst die Zeche bezahlen.

Das Wichtigste sei nun, so hören wir es täglich, das Vertrauen der Finanzmärkte zurückzugewinnen. Damit wird klargelegt, wer die Welt regiert: Die Konzerne, die Finanzmärkte, die Banken und Spekulanten. Die KPÖ aber fragt: Wo bleiben die Menschen? Im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus hat die Politik aufgehört zu gestalten. Politiker werden zu Getriebenen, die ihrer Bevölkerung die vielen Einschnitte und Verschlechterungen mundgerecht verkaufen müssen. Übrigens, der Antrag der KPÖ, die Bezüge der Landespolitiker um rund 30% zu senken, wurde im Landtag von SPÖ, ÖVP, Grünen und FPÖ abgelehnt.



Bezirksfusionen: unüberlegt und fragwürdig

Für übereilt, unüberlegt und fragwürdig hält die KPÖ die Zusammenlegung mehrerer steirischer Bezirke. Ein Sittenbild ist die Fusion von Radkersburg und Feldbach.

Offenbar ist es Voves und Schützenhöfer bei den Bezirksfusionen nur darum gegangen, den Zugang zu Serviceleistungen zu erschweren und öffentliche Infrastruktur abzubauen. Die Chance, die Verwaltungsstrukturen mit den Veränderungen der letzten Jahrzehnte in Übereinstimmung zu bringen, ließ die Landesregierung verstreichen.

Viel zu spät wurde informiert, die Betroffenen hatten keine Möglichkeit, sich in die Diskussion einzubringen.

Rasch bildete sich eine Bürgerinitiative, die mehr als 4.000 Unterschriften sammelte, damit die westlichen Gemeinden des Bezirks Radkersburg nicht mit Feldbach zum neu gegründeten Bezirk „Südoststeiermark“ fusi-

niert würden. Sie wollten dem Bezirk Leibnitz zugesprochen werden. Das entspräche auch eher den Gegebenheiten, weil schon jetzt die Leute – z.B. zum Einkaufen – viel häufiger nach Leibnitz als nach Bad Radkersburg fahren. Auch die öffentlichen Verkehrsverbindungen sind nach Leibnitz besser als nach Feldbach.

Rot-schwarzes Drüberfahren

Erst signalisierten SPÖ und ÖVP Verhandlungsbereitschaft und ließen die Bürger dann eiskalt abblitzen. Nach Voves' eigener Aussage in einem TV-Interview habe ihn die Sorge um die „Vukanland“-Marke umgestimmt. Die Proteste aus der Bevölkerung waren dem Lan-

deshauptmann hingegen vollkommen egal. „Leider kommt dem Landeshauptmann und seinem Vize mittlerweile gar nicht mehr in den Sinn, dass man auch mit den Betroffenen vor Ort reden könnte und nicht nur mit den Wirtschaftslobbys“, kritisiert die steirische KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

Nach den Schulschließungen und den Bezirksfusionen droht demnächst den Zusammenlegungen von vielen steirischen Gemeinden. „Offenbar wollen Voves und Schützenhöfer bis zu den nächsten der Infrastruktur des ländlichen Raumes den Garaus machen. Die KPÖ wird verlässlich auf der Seite derer stehen, die Widerstand leisten“, so Klimt-Weithaler.

Frühpension für Voves & Co.!

Politiker, die nach oben buckeln und nach unten treten sind untragbar. Sie wurden gewählt weil man ihnen zugetraut hat das Beste für das Land zu erreichen. Stattdessen spielen sie die Exekutoren einer zerstörerischen EU-Politik. Reihenweise werden Gemeinden und Bezirke mit ihrer gesamten Infrastruktur „eingespart“. Tausende Arbeitsplätze gehen verloren, die Resultate jahrelanger Bemühungen um eine positive Regionalentwicklung werden zu nichte gemacht. Voves & Co sollten baldigst in Frühpension geschickt werden, um neuen Leuten eine Chance zu geben, die



sich zumindest bemühen, zum Wohl ihrer Wähler zu handeln.

Die KPÖ wird - wenn sie bei der nächsten Wahl ausreichend Einfluss bekommt – die Zusammenlegungen

und Kürzungen rückgängig machen.

fürchtet euch nicht!

LANDTAG: KPÖ GEGEN PRIVATISIERUNG VON KRANKENHÄUSERN

Klimt-Weithaler: „Verkäufe lösen Probleme im Gesundheitsbereich nicht“

Die Pläne von SPÖ und ÖVP, mit dem LKH West Graz eine der bedeutsamsten steirischen Krankenanstalten zu privatisieren, reißen sich in die lange Kette von gesundheitspolitischen Rückschritten der letzten Jahre ein.

Das Leistungsangebot von Krankenanstalten in der Peripherie wurde in den vergangenen Jahren radikal eingeschränkt, ganze Abteilungen aufgelassen beziehungsweise in niederrangige ambulante Einrichtungen umgewandelt. Gegen massive Proteste der Bevölkerung werden konzeptlose und mit großer Hast vorangetriebene Standortschließungen und Privatisierungen vorbereitet. Das LKH Hörgas wird geschlossen und soll im Jahr 2015 den Besitzer wechseln, das LKH Enzenbach soll 2019 folgen. Auch das LKH Mariazell fällt dem Sparstift zum Opfer.

Für die ab 2014 geschlossenen Einrichtungen werden private Nachnutzer gesucht. Im Zusammenhang mit dieser Privatisierungs- und Schließungswelle ist auch der geplante Verkauf der Landespflegezentren Kindberg, Mautern, Knittelfeld und Bad Radkersburg zu sehen.

Klimt-Weithaler: „Diese Vor-



Ignoranz der Landesregierung: Ohne auf die Stimmen der Menschen zu hören wird von den „Reformpartnern“ unwiederbringlicher Schaden angerichtet.

gänge sind eine gefährliche Fehlentwicklung in der steirischen Gesundheitspolitik. Die Versorgung der Bevölkerung wird zurückgefahren, die erzielten budgetären Einmaleffekte lösen aber das Problem nicht. Die Kosten steigen weiter an, weil die öffentliche Hand die Profite privater Träger im Gesundheits- und Pflegebereich mit Steuergeld und Mitteln aus dem Sozialversi-

cherungssystem finanziert.“

Die KPÖ stellte im Landtag den Antrag, von der geplanten Privatisierung des LKH West Abstand zu nehmen, den Verbleib aller durch die KAGes betriebenen Krankenanstalten in der öffentlichen Hand zu garantieren und keine weiteren Spitalsstandorte bzw. Abteilungen zu schließen. Dies wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

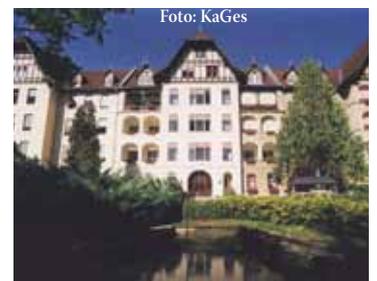


Foto: KaGes

Hörgas-Enzenbach: Nach über 100 Jahren des Bestehens soll die auf den neuesten Stand gebrachte Lungenheilstalt verkauft werden.

SERVICE der KPÖ: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!

INFO TEL. 0316 / 875 5101

www.mindestsicherungsrechner.at

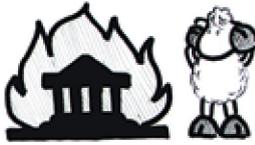
KPÖ

zuhören. helfen.

Claudia Klimt-Weithaler



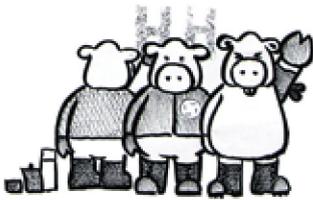
Im Kapitalismus ist alles deppert!



Bildungsabbau: Deppert!



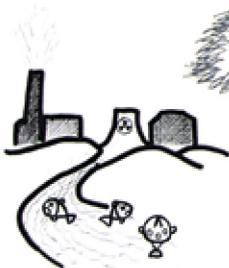
Niedrige Löhne: Deppert!



Nazis: Deppert!



Sexismus: Deppert!



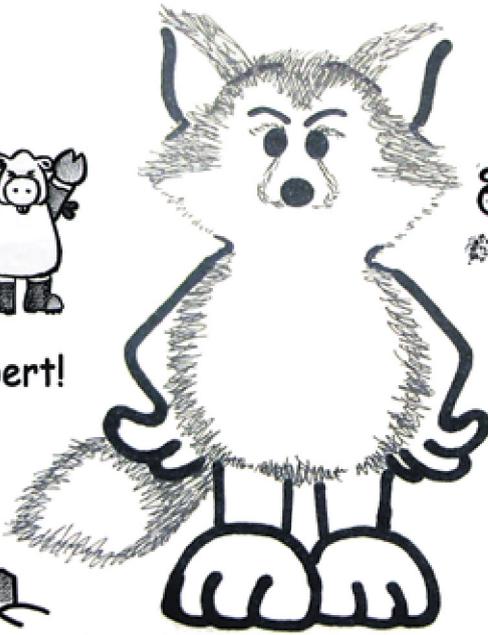
Umweltzerstörung: Deppert!



Kriege: Deppert!



Kapitalisten: Deppert!



Die verrückte Welt des Kapitalismus:

4.580 Euro zahlt man im Wiener Hotel Sacher für die Suite pro Nacht!

2,79 Millionen Euro verdient "Erste"-Bankchef Treichl im Jahr, das ist über 140 mal mehr als eine Friseurin!

"Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. 37.000 Menschen verhungern jeden Tag und fast eine Milliarde sind permanent schwerstens unterernährt. Und derselbe UNO-Nahrungsbericht, der alljährlich diese Opferzahlen gibt, sagt, dass die Weltlandwirtschaft in der heutigen Phase ihrer Entwicklung problemlos das Doppelte der Weltbevölkerung normal ernähren könnte. Darum sage ich: Ein Kind, das an Hunger stirbt, wir ermordet!"
(Jean Ziegler, ehem. UNO-Sonderberichterstatter)

Geht das auch anders?

JA!

Unsere Gesellschaft ist von Menschen gemacht und kann auch von Menschen verändert werden. Wir wollen ein Leben ohne finanzielle Sorgen, ständigen Druck und Zukunftsängste.

Längst sind Technik und Wissenschaft so weit entwickelt, dass die Bedürfnisse aller Menschen gesichert werden könnten. Dem im Weg steht das System des Kapitalismus, in dem stets nur eine kleine Minderheit profitiert

Daher braucht es starke Widerstandsorganisationen, in denen wir für unsere sozialen und demokratischen Rechte in Schule, Uni, Betrieb eintreten. Dazu müssen wir die Macht der Banken und Konzerne zurückdrängen und schließlich das unsoziale, demokratiefeindliche System des Kapitalismus überwinden.

Ohne dich sind wir eine/r zu wenig

ICH MÖCHTE:

- Info-Paket von der KJÖ
- Zukunftsprogramm "Was tun? Was tun!"
- Infos zum Antifa-Seminar 11.-13. Mai in Linz
- T-Shirt: "Eat the Rich!" (12 Euro) Größe _____
- Picklerl in Hülle und Fülle
- Bei euch mitmachen - kontaktiert mich!

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon/Mail: _____

Geht auch online:
kjoe.at => Kontakt



Bitte Marke kleben!
ÖSTERREICH €0,55



Bundesbüro der
Kommunistischen Jugend Österreichs
Lagergasse 98a
8020 Graz

Umweltzone: Unsoziale Alibimaßnahme

Geht es nach den Vollstreckern der EU-Vorgaben im Land, soll als Maßnahme gegen die Luftverschmutzung eine sogenannte „Umweltzone“ in Graz eingeführt werden. Selbst relativ neue Diesel-PKWs dürfen dann nicht mehr in das Stadtgebiet einfahren. Während die Eigentümer teurer, aber moderner Benzinfräser ungehindert die Stadt befahren können, soll ein Pendler, der sich kein neues Auto leisten kann oder will, mit Fahrverboten bestraft werden.

Die KPÖ lehnt eine derartige Umweltzone ab. Sie spricht sich gegen Maßnahmen aus, die ein Zurückdrängen des PKW-Verkehrs im Stadtgebiet über die Belastung der Menschen zu regeln versuchen. Derartige Maßnahmen gehen immer auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit und schränken die individuelle Mobilität von Menschen mit kleinerer Brieftasche ein. Deshalb spricht sich die KPÖ auch gegen die Einführung einer City-Maut aus.

Vorschläge der KPÖ

Selbstverständlich muss der schlechten Luft der Kampf angesagt werden. Einer der Verursacher des Feinstaubes ist zweifellos der motorisierte Verkehr. Ziel muss sein, den öffentlichen Verkehr auszubauen, zu sozialen Preisen anzubieten und gleich-

zeitig den Individualverkehr zurückzudrängen. Aber davon müssen alle betroffen sein. Es geht nicht an, dass Menschen mit dicker Brieftasche sich davon loskaufen können und kleinere Verdienner in ihrer Mobilität eingeschränkt werden. Die KPÖ hat deshalb im Landtag den Antrag gestellt, von der Einführung von Umweltzonen Abstand zu nehmen und stattdessen an Tagen mit Feinstaubüberschreitung alternierende Fahrverbote für Fahrzeuge mit gerader bzw. ungerader Kennzeichennummer einzuführen.

Gleichzeitig sollte der öffentliche Verkehr im Großraum Graz an Feinstaubtagen gratis angeboten und langfristig ausgebaut werden. Gerade dabei hapert es in Graz. Würden nur zehn oder zwanzig Prozent aller Verkehrsteilnehmer tatsächlich

auf die Graz Linien umsteigen, würden diese blitzartig zusammenbrechen, Ausfälle und Verspätungen sich extrem häufen.

Weiters tritt die KPÖ für die Ausweitung von Fußgängerzonen ein, um gewisse Stadtgebiete vom Autoverkehr zu entlasten.

Umweltzone dient einzig der Autoindustrie

Umweltzonen sind aber nicht nur unsozial, sie sind auch ineffizient. Ältere Dieselfahrzeuge, die praktisch der Verschrottung zugeführt werden sollen, weisen zwar einen relativ hohen Feststoffanteil in ihren Auspuffgasen auf. Dabei handelt es sich um den „sichtbaren“ Ruß, der von den Schleimhäuten absorbiert wird und nicht in die Lungen eintritt. Dagegen erzeugen moderne Diesel-Direkteinspritzer die für das Auge unsichtbaren

Nanopartikel, welche als „Feinstaub“ in die Lunge eindringen. Der Gesetzgeber nimmt darauf allerdings mit den sogenannten Euro-Normen keine Rücksicht, da nur das Gesamtgewicht des Partikelaustrittes berücksichtigt wird. Böse Zungen sprechen deshalb zu Recht von einer „Lex VW“. Umweltzonen sind noch aus einem anderen Grund ineffizient. Sie konzentrieren sich nur auf die Auspuffgase. Ein großer Teil des verkehrsbezogenen Feinstaubes entsteht – unabhängig vom Baujahr des Fahrzeuges – durch Abrieb von Reifen, Kupplung, Bremsen und Fahrbahn und wird von modernen Autos genauso freigesetzt wie von älteren Fahrzeugen.

Untaugliche Zone

Umweltzonen sind ein untaugliches Mittel um den Feinstaub wirkungsvoll zu bekämpfen. In Wahrheit sind sie eine von den Besitzern älterer Fahrzeuge zu bezahlende „Verschrottungsprämie“ im Sinne der Automobilindustrie. Das beweist allein die Tatsache, dass die meisten Umweltzonen in deutschen Städten zu finden sind. Kaum in einem anderen europäischen Land ist die Autoindustrie so dominierend wie hier.

Autorennen mitten in Graz

Während der Grazer Bürgermeister Nagl und die Grüne Vizebürgermeisterin Rucker die Besitzer älterer Fahrzeuge bestrafen wollen, wurde dieser Tage mitten in Graz ein Autorennen veranstaltet. Nagl bestieg, wie bereits vor einem Jahr, selbst einen DTM-Boliden und senkte unter aufheulenden Motoren und qualmenden Reifen die Startflagge für ein Feinstaubspektakel der besonderen Art.



In früheren Zeiten wurde ums goldene Kalb getanzt, heute tanzen die Tourenwagen und Hobbyrennfahrer im Kreis – auch in der Feinstaub-Schutzzone. Der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl ließ es sich nicht nehmen, die DTM-Boliden in die Grazer Innenstadt zu holen.

VORBILDICHE TIERSCHUTZINITIATIVE DES LANDESTIERSCHUTZVEREINS

Tierheim Murtal eröffnet

<http://www.landestierschutzverein.at/>

Konto: PSK 7772719, BLZ 60000

Das Tierheim Murtal wurde seit 2008 geplant. Nach vielen rechtlichen Vorbereitungsarbeiten wurde 2010 mit dem Bau begonnen. Finanzielle Unterstützung für diesen Tierheimbau erhielt der Landestierschutzverein für Steiermark von Seite des Landes Steiermark und den Gemeinden des Murtales und vielen großzügigen Tierfreunden.

Das Tierheim befindet sich in Knittelfeld auf einem Areal von über 5000 Quadratmetern und bietet Platz für 35 Hunde, 60 Katzen und Kleintiere. Betreut werden die Tiere von fünf festangestellten Mitarbeiter/innen und einer erheblichen Anzahl von freiwilligen Helfern. Wesentlich ist auch die freiwillige Mitarbeit bei vielen Arbeiten, die laufend anfallen. Aber der Teamgeist in dieser Richtung ist wirklich einmalig und der Dank gebührt allen Helfern.

Der Tätigkeitsbereich dieses Tierheimes erstreckt sich über den Bereich des Murtales bis zur kärntnerischen und salzburgischen Landesgrenze.

Der Landestierschutz-

verein für Steiermark, eine der ältesten Tierschutzorganisationen Europas, der bereits seit 1860 Tierschutzarbeit in der Steiermark betreibt, ist sich seiner Aufgabe für den Tierschutz für diesen Bereich bewusst. Und daher war es eine Selbstverständlichkeit, dass wir uns am Bau die-

ses Tierheimes für diesen Bereich der Steiermark beteiligt haben. Nachdem wir von Seite der Steiermärkischen Landesregierung eingeladen wurden, an diesem Projekt teilzunehmen, haben wir uns verpflichtet gefühlt.

Es war dies auch ein Vertrauensbeweis für die korrekte Arbeitsweise des

Landestierschutzvereins für Steiermark.

Und so ist dieses Projekt „Landestierheim Murtal“ in Zusammenarbeit mit vielen verantwortungsbewussten Menschen für den Tierschutz entstanden.

Alle Menschen, die mit Tieren zu tun haben, nicht nur Haustierhalter,

wollen wir ansprechen und Verantwortungsgefühl für unsere Mitgeschöpfe einmahnen.

Unterstützen auch Sie den Landestierschutzverein bei der Arbeit für unsere Mitgeschöpfe „Tiere“ durch Ihre Spende, Ihre Erbschaft oder Legat.

Obmann
HR DDr. Fritz

Tiere suchen ein Zuhause



Beim Landestierschutzverein warten ^{Lichtenegger} ~~Haustiere~~ auf neue Besitzer; oder entlaufene ^{Lichtenegger} ~~Lieblinge~~ auf ihre alten...

TIERECKE

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstr. 113, Graz, Tel. (0316) 68 42 12.



Luna, 5 Monate, Retriever-Mischling, weiblich, freundlich, familientauglich, braucht viel Beschäftigung.



Rex ist ein 6 Monate alter „Saplinač“, ein slowenischer Hirtenhund. Er ist extrem freundlich und braucht viel Fingerspitzengefühl.



Cenny ist eine topausgebildete Schaeferhündin mit Papieren.



Rudi, Mischlingsrüde, ca. 4 Jahre. Nachdem das Tierheim in Preding aufgelöst wurde, kam er zu uns nach Knittelfeld, ist sehr freundlich braucht endlich ein privates Zuhause.



Simba ist ein Kaninchenrammler, geb. Sept. 2011.



Gismo, Kater, kastr., 2 Jahre, hat sein Zuhause aus fam. Gründen verloren.



Benji, Kater, kastr., 5 Jahre - 8kg schwer, Besitzer ist leider erkrankt und kann ihn nicht mehr versorgen.



Whisky, blauäugiger Meerschweinchenbock geb. Juni 2011, braucht Gesellschaft.

„Game over“ für Glücksspiel!

KLIMT-WEITHALER (KPÖ) KRITISIERT UNTÄTIGKEIT VON SPÖ UND ÖVP IM LAND

Der Widerstand gegen das so genannte „Kleine Glücksspiel“ wird immer größer. Seit 2005 kämpft die KPÖ in der Steiermark gegen die Geschäftemacherei mit der Spielsucht. Während in Wien ein Verbot beschlossen wurde und sich die SPÖ-Mitglieder in der Steiermark für einen Ausstieg aus dem Automatenenspiel ausgesprochen haben, schiebt die SPÖ im Landtag das Thema erneut auf die lange Bank. Das kritisierte KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler am 18. April im Rahmen einer Pressekonferenz zum Thema Spielsucht.

Zwei Anträge der KPÖ, die mit den Forderungen des SPÖ-Parteitag übereinstimmen, wurden gestern mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP in jenen Ausschuss verschoben,



Peter Scheibengraf, Herr M. und Claudia Klimt-Weithaler bei der Pressekonferenz der KPÖ zum Thema Spielsucht

der schon in den vergangenen Jahren kaum Fortschritte erzielt hat. Die KPÖ fordert die SPÖ auf, zu ihrem Beschluss zu stehen und der Spielsucht in der Steiermark den Kampf anzusagen.

Auf der Pressekonferenz meldeten sich auch **Peter Scheibengraf**, ehemaliger Mitarbeiter im Landesjugendreferat und im Forum Politische Bildung zu Wort. Scheibengraf engagiert sich seit Jahren gegen die Ge-

schäftemacherei mit Spielsüchtigen. Er wies darauf hin, dass es in der Steiermark möglich ist, in 15 Sekunden 100 Euro zu verspielen. Das habe mit „Kleinem Glücksspiel“ nichts mehr zu tun. Auch der Jugendschutz funktioniere nicht, Unter-18-jährige könnten in vielen Lokalen ungestört spielen.

Herr M. war vor vielen Jahren Millionär, dann ist er der Spielsucht verfallen. „Heute könnte ich mit meiner Familie in einem schönen Haus leben. Tatsächlich folgte auf die Spielsucht die Scheidung, ich lebe nun in einer 36-m²-Wohnung, bin gesundheitlich angeschlagen und weiß nicht einmal, wie ich meine Miete bezahlen soll. Obwohl die Automatenbetreiber von meinem Problem wussten, wurde ich immer wieder animiert, mein Geld zu verspielen. Ein Spielsüchtiger kann in solchen Momenten nicht vernünftig entscheiden. Ich kenne einige, die sich selbst aufgegeben haben oder sogar aus dem 10. Stock gesprungen sind. Ich kämpfe aber dafür, dass ich noch eine Chance im Leben bekomme.“

KPÖ-Landtagsabgeordnete **Claudia Klimt-Weithaler**: „Es ist enttäuschend, dass die SPÖ dem Wunsch ihrer eigenen Basis, endlich aus dem Glücksspiel auszustiegen, wieder nicht gefolgt ist.“

Die Abstimmung am SPÖ-Parteitag war offenbar nur ein Täuschungsmanöver. Im Ausschuss wurden alle Argumente immer wieder ausdiskutiert. Jeden Tag werden Existenzen vernichtet, weil sich manche Politikerinnen und Politiker nicht zu einer klaren Haltung durchringen können. Wir fordern die SPÖ auf, den Glücksspielkonzernen endlich die Freundschaft aufzukündigen und im Interesse der betroffenen Familien zu handeln!“

Zur Ausgangslage: In keinem anderen Bundesland gibt es eine so hohe Dichte an Automaten und so viele von der Spielsucht Betroffene. Der letzte Suchtbericht des Landes aus dem Jahr 2008, der sich mit der Thematik auseinandersetzt, spricht von 60-80.000 direkt oder indirekt Betroffenen nur in der Steiermark. Alle Initiativen zur Abschaffung oder Zurückdrängung der Spielautomaten scheiterten bisher am Widerstand von SPÖ und ÖVP. Das wiederholt als „Lex Novomatic“ bezeichnete neue Bundesgesetz wurde von der SPÖ mitgetragen. Die durch das neue Gesetz stark erhöhten Einsätze und Gewinnmöglichkeiten machen das Problem deutlich größer und werden Spielsüchtige in noch kürzerer Zeit in den Ruin treiben.

FAKTEN ZUM GLÜCKSSPIEL

In der Steiermark gibt es die höchste Dichte an Spielautomaten in Österreich. Obwohl das Gesetz Beschränkungen vorsieht, werden diese trickreich umgangen. So ist es kein Problem, in wenigen Minuten ein Monatseinkommen zu verspielen. **Die Automatenaufsteller machen dadurch Milliardenumsätze. Johann Graf, Gründer des Novomatic-Konzerns, ist viertreichster Österreicher.**

Der 2008 erschienene Suchtbericht des Landes Steiermark spricht von 60.000 bis 80.000 direkt und indirekt betroffenen Steirerinnen und Steirern. Die Glücksspielbranche macht riesige Gewinne. Das bedeutet Macht und Einfluss, auch auf die

Gesetzgebung. Spitzenpolitiker wie EU-Kommissar Johannes Hahn (ÖVP), SPÖ-Ex-Minister Karl Schlögl und Ex-ÖVP-Wirtschaftsprecher Stummvoll hatten oder haben Posten bei Glücksspielunternehmen.

Die KPÖ setzt sich seit vielen Jahren für ein Verbot der Geschäftemacherei mit der Spielsucht ein. Der damalige KPÖ-Klubobmann **Ernest Kaltenecker** übergab 2007 über 11.000 Unterschriften an den Landeshauptmann, viele weitere Initiativen folgten. Claudia Klimt-Weithaler setzt sich dafür ein, dass unser Bundesland wie Wien keine Lizenzen mehr vergibt – dann könnte die Steiermark ab 1.1.2016 weitgehend frei von Glücksspielautomaten sein.

„Nicht von Haus aus kriminell..“

HERRN M.* BRACHTE SEINE SPIELSUCHT INS GEFÄNGNIS

Die Steiermark wird weiterhin Geld mit Spielsucht verdienen. Die SPÖ hält sie den Glücksspielkonzernen weiter die Stange. Die Steuereinnahmen aus dem Automaten-geschäft werden bereits im Budget verplant, obwohl klar ist, dass das Geld von Spielern kommt, die ihre Existenz (und die ihrer Familien) in den Sand gesetzt haben. Viele rutschen auch in eine „Beschaffungskriminalität“ ab.

Wir haben mit Herrn Werner M.*, einem Betroffenen, gesprochen. Herr M. hatte eine behütete Kindheit, besuchte eine Klosterschule und leitete dann erfolgreich mehrere Firmen. Zwischen 1997 und 2009 hat aber allerdings 2,5 Mio. Euro verwettet bzw. verspielt. Nicht alles davon war sein eigenes Geld.

Volksstimme: Wann haben Sie mit dem Spielen angefangen und wie viel Geld haben Sie verloren?

Herr M.: Mit dem Spielen habe ich vor 14 Jahren begonnen. In dieser Zeit habe ich 2,6 Millionen Euro verspielt. Ich war in dieser Zeit acht Jahre lang „spielfrei“, bin dann aber wieder in die Spielsucht gerutscht.

Volksstimme: Ihre Spielsucht hat Sie aber nicht nur in den finanziellen Ruin, sondern letztendlich auch ins Gefängnis gebracht. Wie kam es dazu?

Herr M.: Die ersten „verspielten“ 2,2 Mio. Euro habe ich mit meiner Firma selbst verdient. Dann habe ich Geld verspielt, für das meine Familie gebürgt hat. Danach habe ich bei jener Firma, bei der ich inzwischen als Geschäftsführer tätig war, 70.000 Euro gestohlen, um alte Spielschulden zu begleichen. Das hat mir meine erste Gefängnisstrafe eingebracht.

Volksstimme: Und danach?

Herr M. Ich habe danach ein-



Die Spielsucht stürzt viele Familien in Unglück. Verantwortlich ist die Untätigkeit der Landesregierung. (Symbolfoto).

einhalb Jahre bei einer Firma gearbeitet, die meine Geschichte genau kannte. Dennoch habe ich in die Kasse gegriffen und in zehn Monaten insgesamt 250.000 Euro entwendet. Das Geld habe ich fast ausschließlich bei einem großen österreichischen Glücksspielanbieter verspielt. Dieser Firma muss ich bekannt gewesen sein, trotzdem bekam ich eine Mitgliedskarte und „durfte“ unglaubliche Summen verspielen. Einmal habe ich in einer halben Stunde an einem einzigen Automaten 5.000 Euro (!) verloren. Natürlich kann ich mein Verhalten nicht schönreden, aber es ist auch erstaunlich, dass die Automatenfirmen das Geld legal kassieren dürfen, obwohl sie wissen müssten, dass

es nicht aus legalen Quellen stammen kann.

Volksstimme: Hat es Ihnen nie zu denken gegeben, dass sie so viel verspielen, aber nie nennenswerte Gewinne machen?

Herr M.: Die 5.000 Euro waren dann das Schlüsselerlebnis schlechthin, ich habe daraufhin

sofort aufgehört. Leider viel zu spät. Ich wurde dann zu einer über vierjährigen Haftstrafe verurteilt. Das Thema Spielen ist für mich ein für allemal erledigt, was auch mit der Therapie zusammenhängt.

Volksstimme: Was würden Sie sich von der Politik wünschen, die zulässt, dass solche Geschäfte gemacht werden?

Herr M.: Ein „Bann“ dieser Automaten und Wetten ist die einzig machbare Option. Der volkswirtschaftliche Schaden, der durch die Folgen von Spielsucht angerichtet wird, ist um einiges höher als die Steuereinnahmen. Ganz zu schweigen von den familiären und persönlichen Katastrophen, die durch Spielsucht erzeugt werden. Es wäre auch wichtig, dass die Justiz das Krankheitsbild anerkennt und nicht erst auf eine EU-weite Regelung wartet. Die Betroffenen sind schließlich nicht von Haus aus kriminell, sondern werden es durch ihre Spielsucht.

Volksstimme: Was darf man sich darunter vorstellen?

Herr M.: Das fängt mit kostenlosem Bier an, dann folgt ein Grastost oder ein Kaffee – Hauptsache, die Leute spielen. Wenn ein Kunde viel Geld verspielt, nimmt es aber andere Dimensionen an: Ich wurde zum Beispiel zum Champions-League-Finale oder zu einem Golfurlaub nach Florida eingeladen. Man hat sich wohl viel von mir als Kunde versprochen – und schließlich auch bekommen.

*Name von der Red. geändert.

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Fr. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz • E-Mail: zentralverband@gmx.at

☎ 0316/ 71 24 80 Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei: ● Anträgen um Pflegegeld

● Antrag für eine „einmalige Unterstützung“ ● Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung ● anderen Unterstützungen; ● Gebührenbefreiungen ● anderen Problemen

Zusperrpolitik: Viele Schulschließungen

Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): Es ist ein Skandal, dass Wettcafés und Einkaufszentren der Regierung mehr wert sind als Kinder und Jugendliche

Vor einer bis auf den letzten Platz gefüllten Besuchertribüne fand im Landtag auf Antrag der KPÖ eine Aktuelle Stunde zu den vorgesehenen Schulschließungen in der Steiermark statt. Viele besorgte Bürgerinnen und Bürger aus steirischen Gemeinden waren zur Sitzung gekommen und entrollten ein Transparent mit der Aufschrift „Pro HS Breitenau – Für unsere Kinder“.



Die Schließung der Hauptschule Breitenau führte zu Protesten (oben). Während die Landesrätin in Breitenau sagte, die Schließung sei noch nicht endgültig, ließ sie der Presse aussenden, sie hätte die Nachricht der Schließung persönlich überbracht (rechts).



liegt, aber die Betroffenen werden ebenso wie das Landesparlament vor vollendete Tatsachen gestellt.“

Antworten blieb die zuständige Landesrätin weiterschuldig. Die Regierungsparteien wählten die billigste Ausflucht und verwiesen lediglich auf geltende Gesetze – welche aber von SPÖ und ÖVP selbst beschlossen wurden. Die KPÖ-Abgeordnete verwies auch auf Oberösterreich, in Niederösterreich und in Vorarlberg, die ihren Schülerinnen und Schülern bei weitem nicht so lange Schulwege zumuten

wie die Steiermark. In Richtung Landesregierung sagte Klimt-Weithaler: „Sie wissen alle, dass gerade Kleinschulen eine Bedeutung haben, die weit über die Institution als solche hinausgeht. Viele Menschen befürchten, meiner Meinung nach zu Recht, eine weitere Ausdünnung des ländlichen Raumes. Wenn man sich in manchen steirischen Regionen umschaute, dann hat man das Gefühl, dass Einkaufszentren und Wettcafés weitaus mehr Zukunft haben als Kinder und Jugendliche!“



Ungefähr 1000 betroffene Eltern, Lehrkräfte und Schüler folgten dem Aufruf des ehemaligen Landtagspräsidenten Reinhold Purr (ÖVP), in Graz gegen die Schließungen von landwirtschaftlichen Fachschulen zu protestieren.

Wenige Woche darauf demonstrierten Eltern, Schüler und Lehrkräfte der landwirtschaftlichen Fachschulen gegen den Kahlschlag. Der ehemalige ÖVP-Landtagspräsident Reinhold Purr rief zu diesem Protest auf. In mehreren steirischen Bezirken wird es dann keine landwirtschaftlichen Fachschulen mehr geben. Dabei stellen diese in vielen Fällen gerade für Jugendliche aus sozial schwachen Haushalten eine sinnvolle Schulbildung sicher. 300 Schülerinnen und Schüler verlieren ihren Platz, auch 40 Lehrstellen gehen in Summe verloren.

Im Landtag wies KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler darauf hin, dass die Schließungen ohne ein Schulentwicklungs-konzept erfolgten. Von diesem sei, so Landesrätin Grossmann, erst im Sommer mit einem „Zwischenbericht“ zu rechnen. Die Schließungen seien aber bereits dessen „erste Etappe“. Klimt-Weithaler: „Wenn das die 1. Etappe war, was folgt als 2. Etappe? Der Abriss der Schulgebäude? Es liegt weder ein Verkehrskonzept noch eine Erklärung vor, worin nun die angebliche Qualitätsverbesserung

ROBIN HOOD



Steuerzahlen statt Politikerschmiererei!

Kampf gegen Korruption würde Belastungspaket ausgleichen

Korruption steht in Österreich auf der Tagesordnung. Bestechung und Vorteilsannahme fügen der heimischen Wirtschaft 2012 voraussichtlich einen Schaden in Höhe von 27 Mrd. Euro zu – im Vorjahr belief sich der Wert auf 26 Mrd. Euro, 2010 auf 25 Mrd. Euro, geht aus einer Studie des Wirtschaftswissenschaftlers Friedrich Schneider von der Johannes-Kepler-Universität Linz hervor. „Korruption hemmt das Wirtschaftswachstum erheblich.“

Gelänge es, die Korruption in Österreich auf das Ausmaß in der Schweiz 2011 zu reduzieren (CPI-Index: 8,8, Rang 8), dann könnte der volkswirtschaftliche Schaden für Österreich um 6 Mrd. Euro verringert werden.

Diese Summe ist höher als das Belastungspaket der Regierung. Ein entschiedener Kampf gegen die Korruption und gegen die Steuerschulden der Unternehmer würde auf der Tagesordnung stehen. Das wird aber nicht angegangen. Warum wohl?

Erinnern

Am 11. November 1997 beschloss der Nationalrat den 5. Mai als nationalen Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalismus zu begehren.

Der heurige thematische Schwerpunkt in Gleisdorf: Roma & Sinti als Opfer rassistischer Verfolgung. Ich finde es sehr wertvoll, dass heuer Schülerinnen und Schüler den Schulen in Gleisdorf und der Volksschule Wetzawinkel eingebunden waren.

Während des NS-Regimes war es ein Grund verfolgt und eingesperrt zu werden, wenn jemand von der Gleichheit aller Menschen überzeugt war. Zeugen Jehovas gerieten deshalb ins Fadenkreuz des NS-Regimes – weil sie den Wehrdienst verweigerten. Die Beachtung ihrer Prinzipien führte dazu, dass sie von NS-Regime ermordet wurden. **Alois Wagner, Josef Kropf** und **Rupert Heider** stammten aus dem Bezirk Weiz. Ob es für diese standhaften Männer ein öffentliches Erinnern geben wird, bleibt abzuwarten.

Ing. Harald Schober

BUCHTIPP

Gefangen zwischen zwei Kriegen

Nach seiner Flucht aus Österreich begann Kurt Neumann, bis zum 12. Februar 1934 Chefredakteur der in Graz ansässigen Tageszeitung Arbeiterwille, an einem Buch zu schreiben, das die steirische Gesellschaft der Zwischenkriegszeit in Romanform porträtiert. Der Untergang Österreichs 1938 und der Widerstand dagegen wird anhand exemplarischer Episoden in Neumanns Roman thematisiert. Kurt Neumanns kehrte nie aus dem Exil zurück.

Sein Zeitroman konnte erst 70 Jahre nach der Niederschrift mit vorliegender Erstveröffentlichung der Vergessenheit entrissen werden.

Kurt Neumann, Gefangen zwischen zwei Kriegen. Herausgegeben und eingeleitet von Heimo Halbrainer und Christian Teisl. Geb., 496 Seiten, ISBN: 978-3-902542-30-4; Euro 27,00
Bestellung bei verlag@clio-graz.net



<http://www.clio-graz.net/>



„Den Reichen reicht's“: Wut-Jetset protestiert



Die Kommunistische Jugend zeigte, was die Reichen wollen.

Die Reichen geben in der Politik den Ton an, nicht nur in Österreich. Allerdings verstecken sie ihre politische Agenda normalerweise hinter harmlos klingenden Begriffen wie „Reform“, „Flexibilisierung“, „Anpassung“.

Auf Einladung der Kommunistischen Jugend fuhr im

Rahmen des Tags der Arbeitslosen der Grazer Wut-Jetset in einer weißen Stretchlimousine am Grazer Hauptplatz vor, um endlich Klartext zu reden.

Reichtum muss sich wieder lohnen!

Dabei formulierten die Reichen und Schönen ihre Forde-

rungen in ungewohnter Deutlichkeit. Zu Sprechchören wie „Mehr Geld für Banken statt für die Kranken“ und „Ho-Ho-Hochfinanz“ wurden Slogans wie „Die Mieten sind zu niedrig“, „Krankenhäuser zusperren“, „Voves muss Kanzler werden“ oder „Null Prozent Reichensteuer sind genug!“ präsentiert.

BIBLIOTHEK des KPÖ Bildungsvereins

im Volkshaus Graz

Die Bibliothek ist am Mittwoch 17 - 19 Uhr oder auf Vereinbarung für alle zugänglich. 7.000 Bücher, Zeitschriften und audiovisuelle Medien. Schwerpunkte sind Arbeiterbewegung, marxistische Klassiker sowie antifaschistischer Widerstand. Bücher können für 14 Tage ausgeliehen werden.

Kontakt: bibliothek@kpoe-steiermark.at; 0650/914 89 59
bernd.mugele@kpoe-steiermark.at; 0664/73 64 64 17

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>, Menüpunkt Bibliothek



KRISE 2012: DAS KURZE JAHRZENT DES EURO

Wir ziehen nicht in Euren Weltkrieg!

Seit 2007 befindet sich die kapitalistische Welt in einer permanenten Krise. Kaum war der durch die Lehman-Pleite 2008 unmittelbar drohende Zusammenbruch des Weltfinanzsystems, mittels Billionen Dollar- und Euro-schwerer staatlicher Rettungspakete vorläufig aufgeschoben, tun sich neue Bruchstellen auf. Die teuren Banken- und Konzernrettungspakete haben die Verschuldung der meisten Staaten in schwindelerregende Höhen getrieben.

Sparpakete, Schuldenbremse und EU-Fiskalpakt haben darin ihren Ursprung. Die tiefere Ursachen der Krise liegt allerdings nicht, wie fälschlich immer wieder behauptet, in der zügellosen Spekulation oder in den unregulierten Finanzmärkten, sondern ist im kapitalistischen Wirtschaften selbst zu suchen. Gewaltige Krisen gehören zum Kapitalismus, wie der Regen zur Wolke. Das heute über uns zusammenbrechende weltweite „Finanzcasino“ war kein Betriebsunfall, sondern wurde gezielt aufgebaut, weil die sogenannte „Realwirtschaft“ spätestens seit Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, nicht mehr die Profite für das Geldkapital lieferte, die

sich die Kapitaleigner – Banken, Konzerne, Versicherungen, Privatkapitalisten – erwarteten. Dieses Casino ist mit dem Platzen der amerikanischen Subprime-Kredit-Blase zusammengebrochen. Die Blase wurde allerdings nicht geleert, sondern im Sinne der Reichen und Superreichen neu aufgeblasen und treibt nun als Staatsschuldenblase ihr Unwesen.

EU und Euro als Brandbeschleuniger

Die Zeche zahlen die Arbeiter, Angestellten und Pensionisten. Weil ihnen die Löhne, Gehälter und Pensionen gekürzt werden oder weil sie wegen staatlicher Sparmaßnahmen ihre Arbeit überhaupt verlieren.

Einher gehen diese Maßnahmen mit teils drastischen Kürzungen der Sozialleistungen. EU und Euro verschärfen diese verkehrte Politik, wie sich gerade an den Beispielen Griechenland, Italien, Portugal oder Spanien zeigt. Im Sinne der Hauptexportmacht Deutschland wird mit aller Gewalt versucht die Eurozone in ihrer derzeitigen Form aufrechtzuerhalten, obwohl die wirtschaftlichen Ungleichgewichte der einzelnen Staaten immer größer werden. Die von Merkel ausgegebene Losung „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“ ist



Buchtipps: Fritz Weber: Sonderfall Österreich. Warum die österreichische Wirtschaftspolitik nach 1931 auf entschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung der ökonomischen Krise verzichtete und warum dieser restriktive Kurs in eine Diktatur mündete, in: Manfred Mugrauer (Hg.): Wirtschafts- und Finanzkrisen im Kapitalismus. Historische und aktuelle Aspekte, Wien 2010.

doppelt falsch. Die nicht Euro-Länder Schweden, Schweiz oder Norwegen gehören auch zu Europa und sind sicher weniger vom Scheitern bedroht als derzeit viele Euro-Staaten.

Austritt aus dem Euro

Ein Austritt aus der Eurozone würde es einer am Sinne des Gemeinwohls orientierten Regierung überhaupt erst ermöglichen eine unabhängige Wirtschaftspolitik zu betreiben und nicht nach der Pfeife der EZB tanzen zu müssen. Das Gerede, ein Austritt Griechenlands würde dessen Schulden explodieren lassen, stimmt nicht. Die meisten Schulden sind nach griechischem Recht begeben und würden sofort in Drachmen umgerechnet. Verlierer wären einzig und allein die ausländischen Halter griechischer Schuldtitel. Auf Dauer lässt sich die Eurozone ohnehin nicht aufrechterhalten. Volkswirtschaften mit extrem unterschiedlicher Produktivität

unter eine Währung zu zwingen kann nicht funktionieren. Noch ist dem deutschen Kapital – und der österreichischen Exportindustrie in dessen Schlepptau – ein Festhalten an der Eurozone in der jetzigen Form lieber als ein Austritt der „Südländer“, auch wenn es weiterer staatlicher Kredite an diese Länder bedarf; die Zeche zahlen ohnehin die einfachen Steuerzahler, etwa wir in Österreich.

Sollten die Transferkosten allerdings weiter wachsen, könnte eines Tages auch Deutschland den Euro aufkündigen und versucht sein die gewaltigen Kapitalspritzen zur „Rettung“ der Südländer für etwas anderes einzusetzen – beispielsweise für die Durchdringung anderer Weltregionen mit deutschem Kapital. Sollte dieser Fall eintreten, muss man jetzt schon auf das Verhalten „unserer“ Eurokraten fürchten, die überall dort dabei sein wollen, wo Deutschland ist.





Elke Kahr. KPÖ

Angenommen, Ihre Taschen sind leer.
Würden Sie dann millionenteure Grundstücke kaufen?
Nur um einigen Spekulanten aus der Patsche zu helfen?
Die Stadt Graz will das.

Nein zum Ankauf der Reininghausgründe.



Samstag 30 Juni 2012, 19 Uhr
Luigi's Bluesnacht
"Honky Tonk Ramblers &
The Mysterious Bluesmen"
Luigi's Musicclub
Kleegraben 46, Ilz
Tel.: 0664/472 16 72

Weitere Informationen zu
Veranstaltungen sowie Bestellung
von Büchern und Broschüren:
KPÖ-Bildungszentrum im
Volkshaus Graz • Lagergasse 98a
Tel. (0316) 71 29 59

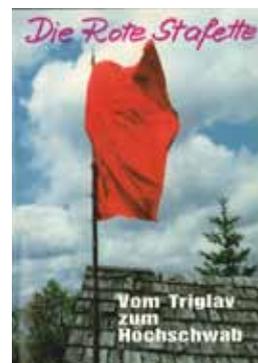
<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>



Hochschwab-Partisanen

Einladung zum traditionellen
SILVESTER HEIDER GEDENKTREFFEN

Heuer jährt sich zum 68. Mal der Tag, an dem der österreichische Freiheitskämpfer und Kommunist Silvester Heider am Achnerthörl von Nazifaschisten ermordet wurde. Im Juni 1944 wurde das Mitglied der Partisanengruppe Leoben-Donawitz am Achnerthörl bei einem Gefecht mit den nationalsozialistischen Besatzern unserer Heimat tödlich verwundet. Wir erinnern uns an diesem Tag aller österreichischer Patrioten der Partisanengruppe Leoben-Donawitz und aller, die für ein freies Österreich ihr Leben gaben!



Sonntag, 17. Juni 2012, 10 Uhr:

**Treffpunkt beim Gasthaus Hiaslegg, 8793 Hafning
Kundgebung bei der Gedenkstätte am Achnerthörl**

Ein Therapiehund für Rebecca



Am 25. Mai 2012 war es endlich soweit! Rebecca konnte ihren Servicehund nach vielen Monaten Aufzucht und nach abgelegter Prüfung, die Zazou übrigens „mit ausgezeichnetem Erfolg“ bestanden hatte, gemeinsam mit ihrer Familie in Empfang nehmen. Die Übergabe fand auf einem kleinen Hof in Rohrbach/Steinberg statt, die Trainerinnen hatten der Veranstaltung einen feierlichen und berührenden Rahmen verliehen.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler war zu dieser Feier als eine der Sponsor/innen eingeladen und war vom Können der Hunde begeistert. „Ich hoffe, dass Zazou Rebecca und ihrer Familie Freude und Erleichterung bringt. Besonders freut mich, dass ich eingeladen wurde, die Familie wieder zu besuchen.“

Darf ich als Mieter umbauen?



Mieterinnen und Mieter können nicht einfach nach Lust und Laune umbauen. Wann muss der Vermieter um Erlaubnis gefragt werden und welche Umbaumaßnahmen muss der Vermieter erlauben? Nicht bei jeder Kleinigkeit muss der Vermieter um Erlaubnis gefragt werden.

So darf der Mieter die Wandoberflächen, soweit nicht in die Substanz des Hauses eingegriffen wird, selbst gestalten. Besonders ungewöhnliche Farbgestaltungen muss man allerdings bei Rückgabe der Wohnung wieder beseitigen. Die wichtigste Frage für jeden Mieter lautet: Darf der Vermieter Veränderungen in der Wohnung verbieten? Für den Altbaubereich gibt

das Mietrechtsgesetz (MRG) eine klare Antwort. Demnach hat der Hauptmieter oder die Hauptmieterin eine beabsichtigte wesentliche Veränderung des Mietgegenstandes dem Vermieter anzuzeigen – und zwar auch dann, wenn es sich um eine Verbesserung handelt. Erfolgt innerhalb von zwei Monaten keine Ablehnung seitens des Vermieters, gilt die Zustimmung als erteilt. Es ist für den Mieter, um Streitfälle von vorneherein auszuschließen, jedenfalls ratsam, sich die Einwilligung des Vermieters schriftlich bestätigen zu lassen. Bei gewissen Maßnahmen darf der Vermieter die Änderungen gar nicht verbieten.

Zum Beispiel, wenn:

- Die Veränderung dem Stand der Technik entspricht.
- Die einwandfreie Ausführung

der Veränderung gewährleistet ist.

- * Der Mieter die Kosten trägt.
- * Durch die Veränderung keine Schädigung des Hauses erfolgt.
- Keine Beeinträchtigung schutzwürdiger Interessen des Vermieters oder anderer Mieterinnen und Mieter entsteht.

Der Vermieter kann allerdings die Zustimmung von der Verpflichtung des Mieters zur Wiederherstellung des früheren Zustandes bei der Rückgabe der Wohnung abhängig machen. Das Gesetz legt aber auch fest, bei welchen Maßnahmen die Zustimmung des Vermieters in keinem Fall verweigert und auch nicht an die Wiederherstellung des Altzustandes bei Auszug geknüpft werden darf, vorausgesetzt die übrigen Vorgaben, wie einwandfreie Ausführung etc., werden eingehalten.

Erlaubt werden muss:

- Die Errichtung oder die den

Erfordernissen der Haushaltsführung dienende Umgestaltung von Wasserleitungs-, Lichtleitungs-, Gasleitungs-, Beheizungs- und sanitären Anlagen.

- Die der Senkung des Energieverbrauchs dienende Ausgestaltung der Wohnung.
- Die Einleitung eines Fernsprechanchlusses.
- Die Verbesserungen, die von einer Gebietskörperschaft aus öffentlichen Mitteln gefördert werden.
- Die Anbringung der nach dem Stand der Technik notwendigen Antennen für den Hörfunk und Fernsehempfang, sofern der Anschluß an eine bestehende Einrichtung nicht möglich oder nicht zumutbar ist.

RAT UND HILFE IN WOHNUNGSFRAGEN



Mieterschutzverband Steiermark
Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30
Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung!
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr
www.mieterschutzverband.at

Die Volksstimme kostenlos bestellen!

INFORMATION aus Stadt und Land! Aus erster Hand, kostenlos, unverbindlich, aktuell: Bestellen Sie die steirische Volksstimme!

Wir senden Ihnen unsere Zeitung gerne kostenlos und unverbindlich zu.

Ich möchte:

- Die steirische Volksstimme und die Landtags-Informationen der KPÖ
- Das Programm des KPÖ-Bildungsvereins regelmäßig zugesendet bekommen.

Gedanken und Anregungen: _____

Name: _____

Adresse: _____



An die
**STEIRISCHE
Volksstimme**

Claudia Klimt-Weithaler
Landhaus, Herrngasse 16
8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08

E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at

Wir veröffentlichen kostenlos Ihre Kleinzeige:
Steirische Volksstimme,
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Tel. 0316 / 71 24 79#
Fax 0316 / 71 62 91
volksstimme@kpoe-steiermark.at

**STEIRISCHE
Volksstimme**

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrngasse 16/3, 8010 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316 / 877-5108
Fax 0317 / 877-5108
E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme, Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz, Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Privilegien und Geldverschwendung

Was soll das? Ob bei der BH Knittelfeld, dem Pflegezentrum Knittelfeld, dem Landesschülerheim Judenburg, den teuren Bauten in Schladming, der Therme in Fohnsdorf – wo man hinschaut, gibt es Privilegien, fehlende Nachnutzung und Geldverschwendung. Die KPÖ ist momentan die beste Partei, aber zu schwach, um etwas zu bewegen. Leider.

Herr M., Judenburg

Leobener Bevölkerung protestiert gegen Werksbadschließung



Die empörte Bevölkerung protestierte für den Erhalt des Werksbades Donowitz als Gemeindebad. Sie wünscht sich die sofortige Öffnung des beliebten Bades, das unter Vorwänden für immer geschlossen bleiben soll. Dies ist eine Folge der angestrebten Gemeindefusionen, die die regionale Infrastruktur weiter ausdünnen soll.

Voves und Schützenhöfer verweigern Gesetze gegen Korruption

Lobbyismus und Korruption sind feste Bestandteile im politischen Alltag unseres Landes. Das haben die Enthüllungen der letzten Monate und Jahre deutlich gemacht. Bundes- und Landesgesetze zu Korruption und Parteienfinanzierung sind völlig unzureichend. Bestechlichkeit von Seiten politischer Mandatäre ist de facto nicht strafbar. Daran erinnerte KPÖ-Kontrollausschussvorsitzender LAbg. Werner Murgg.

Die KPÖ hat im Landtag klare Anti-Korruptionsregeln vorgeschlagen, die auch Landesebene umsetzbar sind. Aber: Nicht

nur SPÖ und ÖVP, auch die dritte Regierungspartei hat in dieser Frage keine Eile: Die FPÖ hat statt einer klaren gesetzlichen Regelung einen freiwilligen „Ehrencodex“ ohne Sanktionsmöglichkeiten vorgeschlagen.

LAbg. Werner Murgg: „Wenn es darum geht, der Bevölkerung das Leben noch schwerer zu machen, peitschen LH Voves und sein Stellvertreter Anträge ohne Diskussion durch den Landtag. Bei den Themen Korruption und Transparenz stehen sie aber auf der Bremse und versuchen alles auf Nimmerleinstag zu verschieben.“



Verhindern wir das Bauernsterben

www.afairemilch.at

www.linkewoche.at



Der gemeinnützige Verein ARGE oekosozialmarkt vermittelt auf seiner Internetplattform Bestellungen zwischen Konsumenten und regionalen Unternehmen.

oekosozialmarkt
http://www.oekosozialmarkt.com.



www.weizsolar.at



Tel. 0664 4940949

PHOTOVOLTAIK WORKSHOPS finden jeweils am

letzten Samstag im Monat (von Februar bis November) von 09:00 bis 17:00 Uhr im Weizer Energie-Innovations-Zentrum, Franz Pichlerstraße 32, statt.

Manufaktur und Workshop:
Franz Pichlerstraße 32, 8160 Weiz

Die EU kommt uns zu teuer!



RED:OUT, die Lesbian-Gay-Bi-Transgender-Intersexual-Parteilgruppe der KPÖ Steiermark, trifft sich jeden ersten Montag im Monat um 18 Uhr in der Traminer Weinstube in Graz, Klosterwiesgasse 2 zu einem offenen Stammtisch. Jede/r ist willkommen!

SOMMER, SONNE, FERIEN: **LOS!**



1-2 ODER 3

**Wochen möglich!
für Kinder im Alter
von 6 bis 15 Jahren**

**St. Radegund am Schöckel
vom 08. Juli bis 21. Juli**

**Ferierendorf Turnersee
vom 08. Juli bis 25. August**

Infos unter:

WWW.KINDERLAND-STEIERMARK.AT

Kinder im Alter von
6-15
JAHREN

Termine:	Dauer:	Vollpreis
08.07. bis 21.07.	2 Wochen	€ 498.-
08.07. bis 28.07.	3 Wochen	€ 668.-
22.07. bis 28.07.	1 Woche	€ 255.-
29.07. bis 11.08.	2 Wochen	€ 498.-
29.07. bis 18.08.	3 Wochen	€ 668.-
12.08. bis 18.08.	1 Woche	€ 255.-



Information und Anmeldung:

Tel. 0316 / 82 90 70

www.kinderland-steiermark.at

Vermietung der Heime St. Radegund bei Graz und Ferierendorf-Turnersee außerhalb der Turnuszeiten an Gruppen oder Schulen